



Bezirksverband Mittelfranken

Markus Erlinger, Kirchfeldstr. 36, 91598 Colmburg

Tel. 09803/9322975 – Fax: 09803/9322974 – Email: vorsitzender1@mittelfranken.bllv.de

Klares Nein des BLLV zu geplanten Teilzeiteinschränkungen!

Die Grenze für das Kindesalter, bis zu dem familienpolitische Teilzeit genommen werden kann, soll von 18 auf 14 Jahre reduziert werden. Außerdem sollen die Teilzeitmöglichkeiten grundsätzlich sukzessive weiter eingeschränkt werden. Damit soll die, nach Einschätzung des Ministerpräsidenten, zu hohe Zahl der in Teilzeit Arbeitenden reduziert werden. Und es sollen angesichts eines allgemeinen Fach- und Lehrkräftemangels weitere Stunden und Personal gewonnen werden. So verkündete es der Ministerpräsident bei der CSU-Klausur auf Kloster Banz im September. Dazu BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann: „Wir beobachten die Aussagen und die Ergebnisse der Klausurtagung sehr genau. Es war fast Schlimmeres zu erwarten, aber dass jetzt wieder die Zwangsmaßnahmen ausgepackt werden sollen, ist nicht nur eine Enttäuschung für die Lehrkräfte. Es wird vor allem nichts bringen. Vor allem wird der Lehrberuf dadurch nur unattraktiver statt attraktiver. Wir Lehrkräfte an Grund-, Mittel- und Förderschulen haben in den letzten Jahren bewiesen, dass wir uns unserer gesellschaftlichen Verantwortung mitten im Lehrkräftemangel bewusst sind. Mit Engagement, Mehrarbeit und Überstunden haben wir unseren Anteil geleistet. Sie alle muss dieser Schritt jetzt enttäuschen. Was wir jetzt brauchen, ist ein klares Bekenntnis zum Beamtentum und ein klares Bekenntnis zu den Lehrkräften.“

Es trifft die, die gar keine Wahl haben

Es gibt klare Argumente, die gegen Einschränkungen bei der Teilzeit sprechen und die mit Zahlen und Fakten belegt sind, wie BLLV-Dienstrechtsexperte Hans Rottbauer betont: „Zunächst stellt sich die Frage, wen man mit dieser Aktion trifft. Die Antwort ist klar: Es sind die Mütter. Sie müssen in der heutigen Realität immer noch die meiste Care-Arbeit leisten, oft genug neben der eigenen Berufstätigkeit – ganz entsprechend dem überholten Rollenbild, das genau von dort befürwortet wird, von wo jetzt die neuen Ideen für Zwangsmaßnahmen kommen.“

Statt die Möglichkeiten der familienpolitischen Teilzeit zu kürzen, müssten in Bayern zuerst die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder dem Bedarf entsprechend ausgebaut werden. Dies würde deutlich mehr Stunden und Personal für die Schulen und den Dienstherrn bringen als weitere Einschränkungen bei den Lehrkräften. Schließlich seien die meisten in Teilzeit, um die ihnen auferlegten Belastungen stemmen zu können.

Teilzeitbeschränkungen werden sich negativ auswirken

Die vom damaligen Kultusminister Michael Piazolo eingeführten „Notmaßnahmen“ an Grund-, Mittel- und Förderschulen haben deutlich gezeigt, dass hier fast mehr verloren als gewonnen wurde: Die Zahlen der begrenzten Dienstfähigkeiten und

Dienstunfähigkeiten haben sich verdoppelt und verdreifacht, weil sich die von den Einschränkungen Betroffenen nicht anders zu helfen wissen. Das von ihnen verlangte Stundenmaß ist für sie nicht zu schaffen, Möglichkeiten der Entlastung sind nicht mehr gegeben.

Somit ist zu befürchten, dass der Plan des Ministerpräsidenten, die familienpolitische Teilzeit einzuschränken, mehr Schaden als Nutzen bringen wird. Schaden vor allem für die Betroffenen, für die Dienstherrn und zuletzt auch für eine Regierungskoalition, die sich die Familienfreundlichkeit auf die Fahnen geschrieben hat.

Der BLLV wird alles dafür tun, dass die geplanten Einschränkungen noch vermieden bzw noch in einem erträglichen Rahmen gehalten werden können! Bitte setzen auch Sie sich mit Ihren lokalen Landtagsabgeordneten in Verbindung und setzen Sie sich für einen Erhalt der bestehenden Teilzeitmöglichkeiten ein!

Lehrkräfte müssen Beamtinnen und Beamte bleiben!

Ende September traf sich der Landesvorstand mit dem aktuellen dbb-Vorsitzenden Volker Geyer zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch.

Über Parteigrenzen hinweg nahmen zuletzt die Diskussionen rund um das Berufsbeamtentum zu, oft auch mit direktem Bezug zum Beamtenstatus von Lehrerinnen und Lehrern. Angefangen mit der überraschenden Idee von Arbeitsministerin Bärbel Bas, Beamtinnen und Beamte sollten in die Rentenversicherung integriert werden, bis hin zur grundsätzlichen Infragestellung des Beamtenstatus von Lehrkräften, machten dabei unterschiedlichste, teils populistische Forderungen die Runde. Gleichzeitig sinkt das Vertrauen in den Staat, wie eine dbb Bürgerbefragung Anfang September 2025 ergab – für den BLLV und seinen Dachverband dbb, ein Grund das Beamtentum zu stärken, anstatt es zu torpedieren.

Argumente statt Populismus, verlässliche Bildung, starke Demokratie

Angeichts der zentralen gesellschaftlichen Bedeutung von Lehrerinnen und Lehrern, ihrem staatlichen Auftrag und den damit verbundenen Anforderungen und Verpflichtungen erteilt der BLLV wie auch der dbb allen Diskussionen um eine Abschaffung oder Aufweichung des Beamtenstatus eine klare Absage. Nicht zuletzt stehen die nächsten Verhandlungen zum Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder vor der Tür, deren Ergebnisse sich in der Folge auch auf die Landesbeamtinnen und -beamte auswirken werden.

Besprochen wurden vor diesem Hintergrund konkrete Aktivitäten um den Beamtenstatus zu schützen, die enormen Leistungen der Beamtinnen in Bayern sichtbar zu machen und die Attraktivität des Berufsbeamtentums zu erhalten. Rein populistischen und unbedachten Ideen muss dabei unbedingt wirksam entgegengetreten werden, wie alle Teilnehmenden in Nürnberg betonten. Ohne Berufsbeamtentum kann eine flächendeckende Lehrkräfteversorgung niemals an allen Schulen und in allen Regionen sichergestellt werden. Es geht dabei um nicht weniger als die Verlässlichkeit von Schule und Bildung für die Gesellschaft und die Sicherstellung von Verfassungs- und Demokratietreue durch das Berufsbeamtentum. Unter diesen Vorzeichen müssen alle Beamtinnen und Beamte sowohl politisch als auch in der Kommunikation zusammenstehen und gemeinsam für gesellschaftliche Werte und einen funktionierenden Staat eintreten.